



Institut für Demographie, Allgemeinwohl und Familie e.V.

Die neue Webseite ist online:

www.i-daf.org

Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

NEWSLETTER 5-6 / 2013

DRUCKVERSION

Zitat der Wochen 5-6 / 2013

Vorleistungen der Deutschen

Die ersten Jahre des Euro waren für Deutschland extrem schwierig, weil ein immer größerer Teil seiner Ersparnisse ins Ausland floss. [...] Da das Geld nicht mehr in Deutschland investiert wurde, entstand eine Massenarbeitslosigkeit, die kaum noch beherrschbar schien. [...] Die deutsche Eurokrise zwang die Regierung Schröder zu schmerzlichen Sozialreformen, die unter den Namen Agenda 2010 angekündigt wurden. [...] Das alles war wahrlich kein Zuckerschlecken für die deutschen Arbeitnehmer [...], ja vielfach eine Zumutung, die massiv in die Lebenswirklichkeit vieler Millionen Menschen eingriff und zu einer Zerreißprobe für die deutsche Gesellschaft wurde. [...] Die Behauptung, der Nachkrisenboom Deutschlands beweise, dass Deutschland ein Eurogewinner ist, hat ungefähr die gleiche logische Qualität wie die Behauptung, dass jemand, der sich nach einer Krankheit in der Rekonvaleszenzphase befindet, Profiteur seiner Krankheit ist.

Hans-Werner Sinn: Die Target Falle. Gefahren für unser Geld und unsere Kinder, München 2012, S. 55 ff.

Nachricht der Wochen 5-6 / 2013

Euro und Rente: Transferunion hat mit Solidarität nichts zu tun

Verwirrung in der Rentendebatte: Hören „immer mehr Deutsche früher auf zu arbeiten“, obwohl sie mit „weniger Geld auskommen müssen“? Dies melden Medien unter Berufung auf die Rentenversicherungsstatistik (1). Nach deren neuesten Zahlen mussten noch nie so viele Rentner wie heute Abschläge auf ihre „Regelrente“ hinnehmen. Das bedeutet aber nicht, dass „immer mehr Deutsche“ früher aufhören zu arbeiten – das Gegenteil ist der Fall: Das durchschnittliche Renteneintrittsalter ist in der letzten Dekade von ca. 60 Jahren auf 63 Jahre gestiegen (2). Gesunken ist dagegen die Zahl derjenigen, die ihren Vorruhestand ohne Abschläge am Rentenniveau genießen können. Beide Entwicklungen gehören zusammen – sie sind die Folge der Rentenreformen in Deutschland, die den Vorruhestand einschränken und das reguläre Renteneintrittsalter sukzessive bis auf 67 Jahre erhöhen. Diese Reformen entlasten die Beitragszahler, die in unserem umlagefinanzierten Sozialsystem für die Rentner aufkommen müssen. Diese Entlastung

Webseite unter: www.i-daf.org | Kontoverbindung für Spenden

Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG - Bonn-Beuel

BLZ 380 700 24

IBAN: DE 68380 700 24 009494 9500

Kto.Nr. 0949 495

Bankcode: DEUTDEDB 380

dient der Generationengerechtigkeit, denn zukünftig müssen – demografisch bedingt – immer weniger Jüngere immer mehr Ältere versorgen. Damit drohen aber auch steigende Rentenbeitragslasten für Arbeitnehmer, die nicht nur den Wohlstand der jüngeren Erwerbstätigen mindern, sondern auch Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung gefährden. Um dies zu verhindern, waren Einschnitte im Rentensystem unumgänglich.

Schmerzhaft waren und sind diese Reformen besonders für ältere Arbeitnehmer, die vorzeitig in den Ruhestand gehen müssen, weil sie keine Arbeit mehr finden (3). Entscheidend ist deshalb, dass sich die Beschäftigungslage der älteren Erwerbstätigen verbessert. Hier bleibt – vor allem bei den über 60-Jährigen – noch viel zu tun. Gleichzeitig sind die Fortschritte unverkennbar: Zwischen 2000 und 2011 ist die Beschäftigungsquote 55-64-Jähriger Arbeitnehmer in Deutschland von 38% auf 60% gestiegen. Damit liegt Deutschland in der Eurozone an der Spitze; ein ähnliches Niveau erreichen nur noch Finnland (57%) und Estland (57%) sowie die Niederlande (56%). Überall sonst lag – nach den Daten der EU-Statistik – die Beschäftigungsquote der 55-64 Jährigen 2011 weit niedriger: In Spanien bei knapp 45%, in Frankreich bei ca. 42%, in Griechenland unter 40% und in Italien sogar nur bei 38% (4). Das offizielle Ziel der EU, die Erwerbsquote der 55-64-Jährigen bis 2010 auf mindestens 50% zu steigern, haben diese Länder klar verfehlt.

Das liegt nicht nur an den Frauen, deren Erwerbsbeteiligung die EU-Kommission ständig als zu niedrig kritisiert. Zu gering sind vor allem die Erwerbsquoten der Männer, die in den meisten Haushalten noch immer die Hauptverdiener sind. Besonders düster sieht es bei dem Nachbarn auf der anderen Seite des Rheins aus: Nirgendwo sonst in der Eurozone – außer in Slowenien – sind ältere Männer so selten erwerbstätig wie in Frankreich (5). Dafür verantwortlich ist zum einen der schwache Arbeitsmarkt, vor allem aber das Rentensystem: Regulär gehen französische Arbeitnehmer mit 62, manche Gruppen sogar schon mit 55 Jahren in Rente (6). Gleichzeitig sind – gemäß der EU-Statistik - auch die Renten – im Vergleich zu den Arbeitnehmereinkommen – in Frankreich großzügig bemessen (7). Kann Frankreich sich das leisten, weil es mehr Kinder hat? Das ist fraglich, denn trotz der jüngeren Bevölkerung liegen die Rentenausgaben gemessen am Bruttoinlandsprodukt in Frankreich höher als in Deutschland. Noch höher sind die Rentenaufwendungen in der Eurozone nur in Österreich und Italien (8). Es kann nicht verwundern, wenn auch die Regierungen dieser eigentlich wohlhabenden Länder in eine „Transferunion“ drängen: Sie wollen schmerzhaft Reformen – insbesondere des Rentensystems – vermeiden und die Kosten dafür auf andere abwälzen. Darin sind sie sich mit den Rettungsschirmländern einig, die über ihre Verhältnisse gelebt haben.

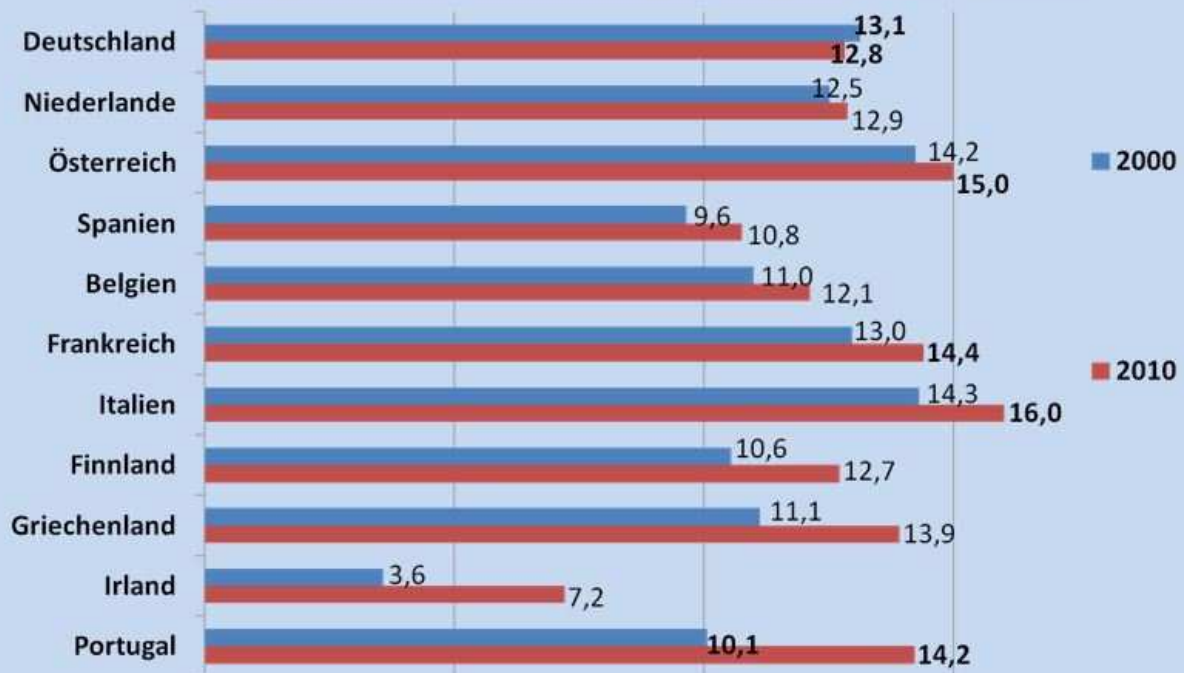
Das zeigt sich besonders an den Rentenaufwendungen, die dort 2000-2010 sprunghaft anstiegen (9). Dafür zahlen sollen deutsche Arbeitnehmer und Rentner, die schon im ersten Eurojahrzehnt verzichten mussten. Ihren Lebensstandard im Alter – so hat die Regierung gepredigt und verfügt – sollten sie „eigenverantwortlich“ durch zusätzliche Privatvorsorge („Riester-Rente“) sichern. Zinsen für ihre Ersparnisse bekommen sie aber nicht mehr; stattdessen entwertet die Eurorettungspolitik sukzessive ihre Vermögen (10). Das ist ungerecht und leistungsfeindlich – diese Politik dürfte nicht nur für die Deutschen,

sondern für alle Europäer verheerend teuer werden. Mit Solidarität und Subsidiarität innerhalb der Europäischen Union hat das nichts mehr zu tun.

- (1) Exemplarisch dafür: <http://www.zeit.de/wirtschaft/2013-01/fruehrente-trend-studie>.
- (2) Vgl. hierzu die Eurostat-Daten zum „Erwerbsaustrittsalter“ (abrufbar unter <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/eurostat/home>).
- (3) Entgegen der in aktuellen Nachrichten verbreiteten Panikscenarien über Altersarmut durch vorzeitigen Ruhestand mit Rentenkürzungen gibt es für die hohe Zahl der Frühverrentungen auch eine andere Erklärung: Viele Arbeitnehmer wollen sich vor Eintritt in den Regel-Ruhestand den wachsenden Stress des Arbeitslebens nicht mehr antun – und können es sich leisten, Abschlüsse für ein früheres Ausscheiden aus dem Erwerbsleben in Kauf zu nehmen. Der Früruhestand ist in diesen Fällen kein Armuts-, sondern ein Wohlstandsphänomen.
- (4) Siehe hierzu: „Beschäftigungsquoten älterer Arbeitnehmer in Europa 2011“ (Abbildung unten).
- (5) Vgl. ebd.
- (6) Siehe hierzu: <http://altewebsite.i-daf.org/474-0-Wochen-24-25-2012.html>.
- (7) Nur so lässt es sich erklären, dass die Einkommen der über 65-Jährigen in Frankreich 100%, in Deutschland dagegen nur 91% des mittleren Einkommens der Gesamtbevölkerung erreichen. Vgl.: Statistisches Bundesamt: Senioren in Deutschland: Überwiegend vital und finanziell abgesichert, STATmagazin vom 21. Dezember 2012 (abrufbar unter www.destatis.de).
- (8) Siehe hierzu: „Wachsende Rentenaufwendungen in der Eurozone – Konsolidierung nur in Deutschland“ (Abbildung unten).
- (9) Siehe hierzu: „Wachsende Rentenaufwendungen in der Eurozone – Konsolidierung nur in Deutschland“; „Kostendämpfung durch Erwerbstätigkeit Älterer“ (Abbildungen unten). Anmerkung: Besonders Portugal leistet sich Rentenaufwendungen, die seine Leistungskraft massiv überfordern. Sie übersteigen den jeweiligen Anteil am Bruttoinlandsprodukt in Deutschland und erreichen fast die Werte Frankreichs – und das bei einer unvergleichlich niedrigeren Wirtschaftskraft. Nirgendwo sonst sind die Rentenausgaben im ersten Eurojahrzehnt so stark gestiegen. Beunruhigend ist dies vor allem im Blick auf die besonders ungünstige demographische Lage in Portugal: Die Alterung setzt hier im Vergleich zu anderen Ländern später, dafür aber umso heftiger ein, so dass bei unverändertem Rentensystem die Belastungen in Zukunft noch erheblich steigen müssen.
- (10) Siehe hierzu: <http://altewebsite.i-daf.org/467-0-Wochen-18-19-2012.html>.

Wachsende Rentenaufwendungen in der Eurozone – Konsolidierung nur in Deutschland

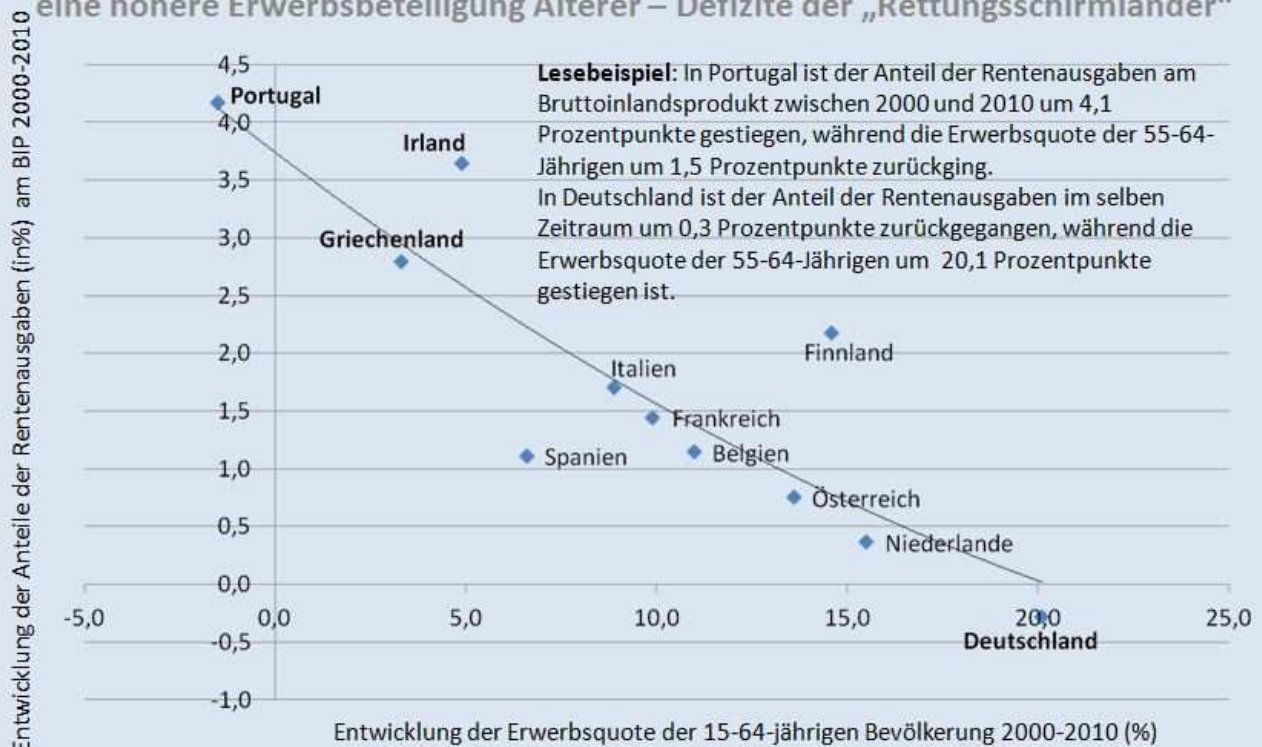
Ausgaben für Renten in % des Bruttoinlandsprodukts 2000 und 2010



Datenquelle: Eurostat: Rentenausgaben, Abruf unter <http://epp.eurostat.ec.europa.eu> (Januar 2013).

Kostendämpfung durch Erwerbstätigkeit Älterer

Deutschlands als Vorreiter einer Konsolidierung des Rentensystems durch eine höhere Erwerbsbeteiligung Älterer – Defizite der „Rettungsschirmländer“



Datenquelle: Eurostat: Erwerbstätigenquote Älterer; Rentenausgaben; Abruf unter <http://epp.eurostat.ec.europa.eu12> (Januar 2013); eigene Berechnungen.

Beschäftigungsquoten älterer Arbeitnehmer in Europa 2011

(Datenquelle: Eurostat, Tabellen abgerufen im Januar 2013)

Erwerbsquoten (%) 55-64-jähriger im Jahr 2011 und ihr Wachstum im Vergleich zum Jahr 2000 in Prozentpunkten

	Insgesamt	Veränderung	Männer	Veränderung	Frauen	Veränderung
Schweden	72,3	7,4	75,7	7,9	68,9	6,8
Deutschland	59,9	22,3	67	20,6	53	24
Dänemark	59,5	3,8	63,8	-0,3	55,3	8,7
Estland	57,2	10,9	57,3	1,4	57,1	18,1
Finnland	57	15,4	56,8	13,9	57,2	16,8
Vereinigtes Königreich	56,7	6	64,2	4,1	49,6	7,9
Niederlande	56,1	17,9	65,8	15,6	46,4	20,3
Zypern	55,2	5,8	69,8	2,5	41,1	9
Lettland	51,1	15,1	52,6	4,2	49,9	23,2
Litauen	50,5	10,1	54,5	3,9	47,4	14,8
Irland	50	4,7	57,2	-6	42,9	15,7
Portugal	47,9	-2,8	54,2	-7,9	42,1	1,5
Tschechische Republik	47,6	11,3	58,9	7,2	37,2	14,8
Spanien	44,5	7,5	53,9	-1	35,6	15,4
Bulgarien	43,9	23,1	49,9	16,7	38,8	28,5
Frankreich	41,5	11,6	44,1	10,5	39,1	12,8
Österreich	41,5	12,7	50,6	9,4	32,9	15,7
Slowakei	41,4	20,1	52,6	17,2	31,5	21,7
Rumänien	40	-9,5	48,9	-7,1	32,2	-11,6
Griechenland	39,4	0,4	52,3	-2,9	27,3	3
Luxemburg	39,3	12,6	47	9,8	31,3	14,9
Belgien	38,7	12,4	46	9,6	31,6	15
Italien	37,9	10,2	48,4	7,5	28,1	12,8
Polen	36,9	8,5	47,8	11,1	27,3	5,9
Ungarn	35,8	13,6	39,8	6,6	32,4	19,1
Malta	31,7	3,2	50,1	-0,7	13,8	5,4
Slowenien	31,2	8,5	39,5	7,2	22,7	8,9
EU (27 Länder)	47,4	10,5	55,2	8,1	40,2	12,8